

A1 Das Recht auf Internetzugang – als Schlüssel zur Selbstbestimmung im 21. Jahrhundert (42)

Antragsteller*in: Paruar Bako

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

- 1 Mit der Bitte an die Mitgliederversammlung den nachfolgenden Antrag 42 im Namen
- 2 des Regionsverbands bei der nächsten Landesdelegiertenkonferenz (LDK) und zur
- 3 nächsten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) einzureichen.
- 4 Die Mitglieder und Funktionsträger*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
- 5 auf allen Ebenen ihres politischen Wirkens dafür ein, dass das Recht auf einen
- 6 Internetzugang als grundlegendes Menschenrecht anerkannt wird - für alle
- 7 Menschen weltweit, unabhängig von Herkunft, Wohnort oder sozialem Status.

Begründung

In der heutigen Welt ist der Zugang zum Internet kein Luxus mehr, sondern eine Voraussetzung für Teilhabe:

- Ohne Internet kein Zugang zu Bildung, Information, digitaler Verwaltung, Gesundheitswissen oder Arbeitsmärkten.
- Ohne Internet ist Meinungsfreiheit eingeschränkt und Demokratie geschwächt.
- Ohne Internet bleiben Millionen Menschen unsichtbar und ausgeschlossen – vor allem in ländlichen Regionen, Entwicklungsländern, Krisengebieten und unterdrückten Gesellschaften.

Die Vereinten Nationen haben 2016 in einer Resolution anerkannt, dass das Internet entscheidend für die Ausübung grundlegender Rechte ist. Doch: Diese Anerkennung ist nicht bindend – und deshalb noch zu schwach, um die digitale Kluft zu schließen und den Ausbau universeller Netzinfrastruktur durchzusetzen.

Unsere Bitte

Wir fordern die Staaten der Welt, insbesondere Deutschland und die Europäische Union, auf:

1. Das Recht auf Internetzugang als eigenständiges Menschenrecht in internationale Abkommen und nationale Verfassungen aufzunehmen.
2. Sich auf UN-Ebene für ein verbindliches Zusatzprotokoll zu den bestehenden Menschenrechtsverträgen einzusetzen.
3. Eine internationale Strategie zu fördern, die den Zugang zu sicherem, bezahlbarem und freiem Internet als universellen Dienst garantiert.
4. Die digitale Infrastruktur in benachteiligten Regionen weltweit zu unterstützen – als Ausdruck globaler Solidarität.

Warum das jetzt wichtig ist

Die Welt tritt in eine neue Ära – in der das Digitale alle Lebensbereiche durchdringt. Wer keinen Zugang zum Netz hat, wird vom Fortschritt ausgeschlossen. Das können und dürfen wir nicht zulassen. So wie

einst das Recht auf Bildung, Wasser oder Gesundheit als Menschenrechte erkämpft wurden, so braucht unsere Zeit ein neues, zukunftsgerichtetes Recht:

Das Recht auf Internetzugang – als Schlüssel zur Selbstbestimmung im 21. Jahrhundert

Unterstützer*innen

Jochen Stiepel

A2 Berücksichtigung von Long COVID und ME/CFS – Fokus Gesundheit und Schule

Antragsteller*in: Jochen Stiepel (KV Hannover)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Mit der Bitte an die Mitgliederversammlung, den nachfolgenden Antrag im Namen
2 des Regionsverbands bei der nächsten Landesdelegiertenkonferenz (LDK) und zur
3 nächsten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) einzureichen.
- 4 Die Mitglieder und Funktionsträger*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
5 auf allen Ebenen ihres politischen Wirkens dafür ein, dass auf Regions-, Landes-
6 und Bundesebene:
7 jeweils zentrale Stabsstellen mit Beratungsfunktion (oder Referate)
8 „Postinfektiöse Krankheiten“ für Long COVID und ME/CFS, etc. Patienten
9 eingerichtet werden.
- 10 Diese wird in der Stadt, Region unter anderem in diesen Bereichen tätig werden:
- 11 I. Bereich Gesundheit:
- 12 Die Region initiiert eine Informationskampagne für Bevölkerung und medizinisches
13 Personal, inklusive Fortbildungen des Gesundheitsamtes, zur Sensibilisierung für
14 Long COVID und ME/CFS. Sie fördert die Vernetzung medizinischer Dienste und
15 prüft eine zentrale Beratungsstelle im Gesundheitsamt. Zudem setzt sich die
16 Stadt, Region für eine bessere Ausstattung von Post-COVID-Ambulanzen ein.
- 17 II. Bereich Schule:
- 18 Für Schulen werden Informationsmaterialien und Handlungsempfehlungen zu Long
19 COVID und ME/CFS bereitgestellt. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern,
20 Lehrkräften und Gesundheitsamt ist entscheidend für die Unterstützung
21 betroffener Schüler*innen.
22 Ziel: Damit Schüler*innen nicht überfordert werden und sich ihr Zustand dadurch
23 verschlimmert, sie nicht isoliert werden. Durch das Unwissen, verschlechtert sich
24 der Zustand von Schüler*innen dauerhaft.

Begründung

Hinweis:

der Antragsteller ist selbst von ME/CFS betroffen und er kann aus diesem Grund den Antrag nicht vor Ort vorstellen.

Begründung:

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch lange nicht überwunden. Laut der neuesten Studie entstehen jedes Jahr 63 Mrd. € Kosten für Deutschland (*1). Eine wachsende Zahl von Menschen in unserer Region leidet an Long COVID und dem Myalgischen Enzephalomyelitis/Chronischen Fatigue Syndrom (ME/CFS). Diese chronischen Erkrankungen, oft als Folge einer SARS-CoV-2-Infektion, führen zu einer Vielzahl schwerwiegender Symptome, die das tägliche Leben massiv einschränken. Dazu

gehören extreme Erschöpfung (PEM), kognitive Beeinträchtigungen ("Brain Fog"), Schmerzen und Schlafstörungen. Viele Betroffene, darunter auch Kinder und Jugendliche, sind dadurch stark in ihrer schulischen und sozialen Teilhabe eingeschränkt. Sie werden bisher vom Gesundheitssystem nicht versorgt.

Als Grüne treten wir für eine solidarische und inklusive Gesellschaft ein. Es ist unsere Aufgabe, die Bedürfnisse der am stärksten Betroffenen zu sehen und in der Politik und Verwaltung zu verankern. Insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Schule hat die Stadt, Region direkte Handlungsmöglichkeiten und eine Verantwortung, um Betroffene zu unterstützen und ihre Teilhabe zu sichern.

Wir fordern daher konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von Long COVID- und ME/CFS-Betroffenen in den Bereichen Gesundheit und Schule zu ergreifen:

I. Bereich Gesundheit:

1. Informations- und Sensibilisierungskampagnen:

- Die Region initiiert eine zielgerichtete Informationskampagne für die Bevölkerung, insbesondere für Hausärzte, medizinisches Fachpersonal, Apotheken und das Gesundheitsamt, um das Bewusstsein für Long COVID und ME/CFS zu schärfen. Hierbei sollen auch lokale Selbsthilfegruppen eingebunden werden.
- Das Gesundheitsamt bietet Fortbildungen für medizinisches Personal und Sozialarbeiter:innen an, um eine bessere Diagnostik und einen sensiblen Umgang mit Betroffenen zu gewährleisten.

2. Verbesserung der Versorgungsstrukturen:

- Die Region fördert die Vernetzung zwischen niedergelassenen Ärzt:innen, Therapeut:innen und Kliniken, um multidisziplinäre Versorgungswege für Long COVID und ME/CFS-Patient:innen zu erleichtern. Dies kann durch regelmäßige Runde Tische oder Informationsveranstaltungen geschehen.
- Prüfung der Möglichkeit, innerhalb des Gesundheitsamtes eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Long COVID und ME/CFS zu etablieren. Diese Stelle soll Informationen zu lokalen Therapieangeboten, Reha-Möglichkeiten, sozialen Hilfen und psychologischer Unterstützung bündeln und vermitteln.
- Die Region setzt sich auf Landesebene für eine bessere Ausstattung von Post-COVID-Ambulanzen und spezialisierten Kliniken ein, deren Kapazitäten immer überlastet sind.

3. Unterstützung für Betroffene und Angehörige:

- Die Region unterstützt die Gründung und Arbeit von Selbsthilfegruppen für Long COVID und ME/CFS-Betroffene und deren Angehörige, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder finanziellen Zuschüssen.
- Das Sozialamt wird angehalten, bei der Beantragung von Leistungen (z.B. Schwerbehindertenausweis, Pflegegrad) auf die besonderen Herausforderungen von Long COVID und ME/CFS-Betroffenen einzugehen und beratend zur Seite zu stehen.

II. Bereich Schule:

1. Sensibilisierung und Schulung des Schulpersonals:

- Die Region bietet in Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Gesundheitsamt Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulpsycholog:innen und weiteres Schulpersonal an, um Wissen über Long COVID und ME/CFS sowie den Umgang mit betroffenen Schüler:innen zu vermitteln. Hierbei liegt der Fokus auf der Erkennung von Symptomen, dem Verständnis für die Einschränkungen und der Entwicklung von unterstützenden Maßnahmen.
- Entwicklung von Informationsmaterialien für Schulen, die über Long COVID und ME/CFS aufklären und Handlungsempfehlungen für den Schulalltag geben.

2. Anpassung des Schulalltags und individuelle Förderung:

- Schulen werden ermutigt und unterstützt, flexible und individuelle Lernpläne für Schüler:innen mit Long COVID und ME/CFS zu entwickeln. Dies kann beispielsweise die Ermöglichung von Teilzeitunterricht, das Anbieten von Online-Lerninhalten oder die Nutzung von digitalen Hilfsmitteln umfassen.
- Die Region fördert die Bereitstellung von Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten in Schulen, um Schüler:innen mit starker Fatigue oder Überreizung die Möglichkeit zur Erholung zu geben.
- Enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrkräften, Schulpsycholog:innen und dem Gesundheitsamt, um die bestmögliche schulische Unterstützung für betroffene Kinder und Jugendliche sicherzustellen.

3. Psychosoziale Unterstützung:

- Die Stadt, Region stärkt die psychosoziale Unterstützung an Schulen durch die Aufstockung von Schulpsycholog:innen und Sozialarbeiter:innen, die auch auf die spezifischen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit chronischen Erkrankungen wie Long COVID und ME/CFS eingehen können.

Wir sind davon überzeugt, dass unsere Stadt, Region mit diesen gezielten Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Schule einen essenziellen Beitrag zur Linderung des Leidens der Betroffenen leisten und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern kann. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass niemand aufgrund dieser schweren Erkrankungen zurückgelassen wird.

Quellen:

1. <https://mecfs-research.org/costreport-long-covid-and-mecfs/>

Unterstützer*innen

Marius Meyer; Jan Schmidt; Jan Kruse; Julia Stock; Birgit Ritter; Yvonne Marchewitz; Sarah Zwittian; Afon Schröder; Lucas Millbrodt; Wiebke Ecke

Beschluss Starke Grüne Präsenz auf den CSDs in Rostock und Grevesmühlen - Gelebte Solidarität über Landesgrenzen ermöglichen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

- 1 Der Regionsverband Hannover startet eine niedrigschwellige Spendenaktion zur
- 2 Unterstützung der Reisekosten für Mitglieder, die überregional an den
- 3 Christopher Street Days (CSD) teilnehmen, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern
- 4 und den anderen östlichen Bundesländern und möglichst in Abstimmung mit den
- 5 jeweiligen Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ziel ist es, möglichst vielen
- 6 Mitgliedern eine solidarische Teilnahme an diesen queerpolitisch bedeutsamen
- 7 Veranstaltungen zu ermöglichen. Die zu unterstützenden Anträge werden möglichst
- 8 früh im Vorfeld in anonymisierter Form auf der Website des Regionsverbands
- 9 dargestellt, um die Unterstützung transparent zu machen.
- 10 Sollten durch die Spendenaktion nicht alle Kosten gedeckt werden, übernimmt der
- 11 Regionsverband etwaige Fehlbeträge im Rahmen der zur Verfügung stehenden
- 12 Haushaltsmittel. Die maximale Gesamtsumme der Zuschüsse wird dabei vom Vorstand
- 13 festgelegt. Die Erstattung erfolgt auf Antrag, gegen Vorlage entsprechender
- 14 Nachweise.
- 15 Die Erstattung erfolgt auf Reisekostenantrag, gegen Vorlage entsprechender
- 16 Nachweise im Windhundverfahren bis zur Höhe der eingegangenen Spenden.
- 17 Ein etwaiger Spendenüberschuss wird durch den Vorstand an die Landesverbände
- 18 Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zur
- 19 Unterstützung des dortigen Landtagswahlkampfes weitergeleitet – vorausgesetzt,
- 20 dass der Haushaltsrahmen dies zulässt.

A4 Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Wirtschaft im Wandel“

Antragsteller*in: Anna Kraeft, Pascal Wolken, Béla Mokrys

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung des Regionsverbandes Hannover möge beschließen:
- 2 1. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft im Wandel des
- 3 Regionsverbandes Hannover.
- 4 2. Ziele und Aufgaben der AG:
- 5 Die AG verfolgt das Ziel, das wirtschaftspolitische Profil der Grünen in
- 6 der Region Hannover zu schärfen und sichtbarer zu machen.
- 7 Die AG widmet sich insbesondere folgenden Aufgaben:
- 8 • Fachliche Erarbeitung und Diskussion wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer
- 9 Themen mit besonderem Fokus auf lokale und regionale Aspekte (z. B. nachhaltige
- 10 Wertschöpfung, regionale Wirtschaftskreisläufe, Zukunft der Arbeit, Gründungen).
- 11 • Unterstützung bei der Organisation themenbezogener Veranstaltungen für
- 12 Mitglieder und Interessierte, z. B.
- 13 interne Fachgespräche, öffentliche Diskussionsrunden und thematische
- 14 Stammtische.
- 15 • Besuche bei nachhaltigen, innovativen und regional bedeutsamen Unternehmen in
- 16 Hannover und dem Umland, Austausch mit der Wissenschaft zur
- 17 wirtschaftspolitischen Themen sowie der Organisation von Fachvorträgen
- 18 • Die AG setzt sich für feministische Wirtschaftspolitik ein. Das wäre
- 19 beispielsweise das Empowerment von Frauen in Führungspositionen in Unternehmen,
- 20 die gegenseitige Vernetzung, Veranstaltungen und Strategiepapiere zur Förderung
- 21 von Frauen in der Wirtschaft.
- 22 • Aufbau und Pflege eines Netzwerks innerhalb der Gesellschaft, im ständigen
- 23 Austausch mit den Vorständen des Grünen Stadt- und Regionsverbands und
- 24 Fachpolitik um den Dialog zwischen grüner Politik, Wirtschaft,
- 25 Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zu
- 26 stärken.
- 27 • Verfolgung des Ziels, Arbeitsplätze in der Region im Austausch mit den
- 28 relevanten Stakeholdern zu sichern und ökologisch weiterzuentwickeln.
- 29 • Die AG wird zeitnah eine Geschäftsordnung entwerfen, die durch Stadt- und
- 30 Regionsverband genehmigt werden muss.
- 31 • Mittelfristig: Konzeption und Durchführung eines Grünen Wirtschaftskongresses
- 32 in Hannover.
- 33 3. Zusammenarbeit:
- 34 Die AG arbeitet eng und transparent mit den Grünen Fraktionen und der
- 35 Regionsfraktion und den Vorständen zusammen. Sie versteht sich als ergänzendes

- 36 Forum, das die vielfältigen Interessen der Mitglieder aufgreift und stärkt. Die
37 Koordination und inhaltliche Abstimmung mit bestehenden Strukturen wird aktiv
38 gesucht.
- 39 Ziel ist es, gemeinsam wirtschafts- und finanzpolitische Impulse für die Region
40 zu entwickeln und den grünen Gestaltungsanspruch auf beiden Ebenen zu stärken.
- 41 Die AG arbeitet aktiv an einer Einbindung aller Interessierten aus dem RV,
42 speziell auch aus dem Umland der LHH. Dabei sind sowohl die Form des Treffens
43 als auch Themen des Umlands zu beachten.

Begründung

Die wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit erfordern fundierte und zukunftsweisende Antworten. Die geplante AG "Wirtschaft im Wandel" schafft einen Raum für Austausch, Vernetzung und fachliche Expertise – sowohl innerhalb der Partei als auch im Dialog mit externen Akteur*innen.

Unterstützer*innen

Christian Reuter; Alexander Cordes; Yvonne Marchewitz; Reyhan Esra Karakoc; Justin Hartung; Antje Pund; Keith Savage; Nora Vehling; Michael Krelle; Judith Frauen; Patrick Lödige; Norbert Gast ; Roland Panter; Ute. Dommel; Karen Bartelt-Urich ; Bartelt Detlef ; Susanne Blasberg-Bense ; Michael Rinker; Friedhelm Egerer; Sebastian-Johannes Fischer; Sinja Münzberg; Caroline Kleinhans ; Eckhart Schaaf; Oliver Kluck; Wiebke Ecke; Martin Köhler; Jakob Bergner; Marco Hartrich; Annette Heuer; Christian Gailus; Julia Stock; Andreas Huß; Thomas Rasser; Benedikt Wegener; Michael Schöpf; Insa Schwob; Helge Wilker; Laura Meyer ; Georg Kroth; Maja Kummer; Anja Floetenmeyer-Woltmann; Martin Böttcher